

## Pastoraltagung 2025 – Eröffnungsrede Bischof Dr. Josef Marketz

### „Zur pastoralen Bedeutung des Themas“

In seinem ersten apostolischen Schreiben „Evangelii Gaudium“ spricht Papst Franziskus ganz klar die Aufgabe von Christen an, sich um das soziale und nationale Geschehen, um das Wohl der Institutionen zu kümmern und sich zu den Ereignissen zu äußern, die die Bürger angehen. Er warnt davor, „dass wir die Religion in das vertrauliche Innenleben der Menschen verbannen“. (EG 183)

Ganz in diesem Sinne sehe ich das Motto dieser Pastoraltaage „Auftrag Zukunft“. Denn auch wenn die Kirche Österreichs zu Beginn mit der Errichtung einer demokratischen Republik gefremdet hat, bekennt sie sich heute klar zu einer menschenrechtsbasierten, rechtsstaatlichen Demokratie. Mehr noch: Sie sieht sich in der Verantwortung, ihren Beitrag zu deren Verteidigung und Förderung zu leisten. Denn Demokratie ist mehr als nur ein politisches System. Sie ist eine Lebensform, die das Fundament einer Gesellschaft bildet, in der Menschen sich in Freiheit und Verantwortung entfalten können. Als Christ:innen haben wir eine besondere Verantwortung, uns aktiv dafür einzusetzen und unsere Stimme in den politischen Diskurs einzubringen. Denn die christliche Botschaft ist in ihrem Kern eine Botschaft der universalen Menschenwürde und der Gerechtigkeit. Diese Werte sind Kernelemente der Katholischen Soziallehre und zugleich jeder Demokratie, die diesen Namen verdient.

Politisches Engagement ist für Christ:innen deshalb keine bloße Option, sondern eine Verpflichtung. Wir sind aufgerufen, Verantwortung zu übernehmen und uns für ein demokratisch bestimmtes Gemeinwohl einzusetzen. Dies bedeutet, nicht bloß beobachtend und kommentierend am Rande zu stehen, sondern aktiv mitzugestalten – sei es durch Teilnahme an Wahlen und Bürgerinitiativen, sei es durch ehrenamtliches Engagement und konstruktive wie respektvolle Beteiligung an öffentlichen Diskursen, nicht zuletzt in den Sozialen Medien, wo Meinungsbildung heute maßgeblich stattfindet.

Angesichts der vielfältigen Gefährdungen moderner Demokratien durch Demagogie, manipulative Medien, Gruppenegoismen oder andere Herausforderungen wird deutlich, wie wichtig unsere Verantwortung und unser Einsatz sind: Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, sondern ein zerbrechliches Gut, das Schutz und Verteidigung braucht. Mit Paul Michael Zulehner stelle ich aber schon auch die Frage an uns Christinnen und Christen: Wie kann es sein, dass Gruppierungen, die Ängste schüren und mit Ängsten Politik machen, bei so vielen Menschen Anklang finden? Kommt unsere Botschaft der Hoffnung, des Vertrauens auf Jesus Christus und der universalen Menschenrechte gegen Fremdenfeindlichkeit nicht mehr an? Verpuffen unsere Appelle von Schöpfungsverantwortung und Solidarität gegen zynischen Populismus, der Klimawandel leugnet, der Arme und Schwache als Leistungsverweigerer brandmarkt?

Christ:innen müssen hier Farbe bekennen: für Toleranz, Solidarität ohne Grenzen, Rechtsstaatlichkeit und universale Menschenrechte. Dies bedeutet insbesondere, die Stimme zu erheben für jene, die keine oder nur eine schwache Stimme haben. Das aber gelingt nie voraussetzungslos: Solidarisches Handeln setzt eine solidarische Grundhaltung voraus, und die bedarf immer wieder der Erneuerung, Motivation und (Herzens-)Bildung. Dafür sehen die Sozialwissenschaften vielfach Religionen und andere Weltanschauungsgemeinschaften in der Pflicht, also auch uns als Kirche in unserem pastoralen Handeln. Demokratie lebt vom Engagement ihrer Bürger:innen, und als Christ:innen sind wir aufgerufen, dieses Engagement nicht nur mit Leben, sondern auch mit einem tieferen Sinn zu füllen. Unser Engagement macht den Unterschied. Jede Stimme zählt, jedes Gespräch, jede Tat, die Verständnis und Respekt fördert. So können wir dazu beitragen, unsere Demokratie zu stärken und die Würde des Menschen zu schützen.

Wir erleben aber derzeit bei vielen Menschen so etwas wie eine „Demokratie-Müdigkeit“. Ich bin überzeugt, dass die Kirche in jüngster Zeit ein ganz wichtiges Angebot gemacht hat, das neue Aspekte, vielleicht sogar so etwas wie einen frischen Wind, in Politik und Gesellschaft bringen könnte: Ich meine die Synodalität. Papst Franziskus hat diese Form des Gespräches kultiviert und alle Teilnehmer:innen der Weltsynode haben es als neue, bereichernde Erfahrung wahrgenommen. Es geht um eine neue Art des Diskurses in Form eines systematischen Hinhörens. Es ist wohl das, was der Soziologe Hartmut Rosa als das „hörende Herz“ bezeichnet, das die Demokratie von der Kirche lernen kann, um den gegenwärtigen Aggressionen entgegenzustehen. Ich freue mich, dass das Synodale Gespräch auch bei dieser Tagung seinen Platz findet.

Diese Tagung entfaltet eine umfassende Perspektive auf das Thema Demokratie. Beginnend mit einer Analyse gegenwärtiger demokratiepolitischer Herausforderungen, werden wir die Spannungsfelder zwischen demokratischen Idealen und der aktuellen gesellschaftlichen bzw. politischen Realität kritisch reflektieren. Von dieser Grundlage ausgehend spannen wir einen Bogen zum komplexen und keineswegs unbelasteten Wechselverhältnis zwischen Kirche und Politik/Demokratie. Begleitet werden dabei unsere Diskussionen vom Blick auf konkrete Initiativen und Projekte, die durch ihr tägliches Engagement die demokratischen Grundwerte mit Leben erfüllen.

Unser Ziel ist es, Demokratie nicht als abstraktes Konstrukt zu verstehen, sondern als gelebte Praxis der aktiven Teilhabe, des gegenseitigen Respekts und der gemeinsamen Verantwortung. Unser christliches Verständnis von Menschenwürde und Nächstenliebe wird so zu einem konkreten politischen Handlungsauftrag.